

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

die Regierungskoalition wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichts schnell umsetzen. Zur Neuberechnung der Bedarfssätze für Kinder ist allerdings Voraussetzung, dass Datenmaterial vorliegt. Das ausgewertete Datenmaterial des Statistischen Bundesamtes wird erst im September zur Verfügung stehen. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen wird deshalb in einem ersten Schritt grundsätzliche Fragen zum Verhältnis von finanzieller Leistung und Sach- und Dienstleistungen klären. Darüber hinaus wird auch zu entscheiden sein, inwieweit nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Pauschalisierungen sinnvoll und notwendig sind.

Zudem muss auch der Frage nachgegangen werden, wie die unterschiedliche Umsetzung in den Bundesländern vereinheitlicht werden kann. Das Prinzip, dass Hartz IV dazu dienen soll, so schnell wie möglich wieder in Arbeit zu kommen, muss noch deutlicher werden als bisher. Die Umsetzungsfragen sind im Zusammenhang mit der Neuregelung der Verwaltungsstrukturen zu klären. Hier wird jetzt geprüft, inwieweit die SPD sowohl im Bundesrat als auch im Bundestag bereit ist, mehr für Optionskommunen zu tun.

**Lammert wirft Linke aus dem Bundestag**

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag mehrheitlich für den Antrag der Bundesregierung auf „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF)“ gestimmt. Nachdem Bundestagspräsident Norbert Lammert, in einer bis dahin ernst und sachlich geführten Debatte, einige Mitglieder der Linksfraktion, die sich im Plenarsaal an einer geschäftsordnungswidrigen Protestaktion beteiligten, des Saales verwies, verließ die Linksfraktion geschlossen den Raum und beteiligte sich fortan nicht mehr an dieser für die Bundesrepublik Deutschland und für die im Einsatz stehenden Soldatinnen und Soldaten bedeutenden

Debatte im Deutschen Bundestag. Sein Vorgehen sei "alternativlos", sagte der Bundestagspräsident unter Hinweis auf einen Beschluss des Ältestenrates. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützte Lammert in seinem Vorgehen und verurteilte das Verhalten der Linksfraktion scharf, da es der Verantwortung den Soldatinnen und Soldaten einer Parlamentsarmee gegenüber nicht gerecht werde. Trotzdem haben wir im Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen, dass die Linke sich an der Abstimmung zum Antrag der Bundesregierung beteiligen kann. Mit einer großen Mehrheit von 429 Ja-Stimmen der Koalitionsfraktionen und einer Mehrheit der SPD-Abgeordneten wurde der Antrag der Bundesregierung schließlich bei 111 Gegenstimmen und 46 Enthaltungen in namentlicher Abstimmung angenommen. Das Mandat sieht eine Anhebung der Personalobergrenze um 850 auf 5.350 Soldatinnen und Soldaten vor. Von diesen sind 350 Soldatinnen und Soldaten als flexible Reserve vorgesehen, insbesondere um auf besondere Situationen, zum Beispiel bei der Absicherung der Parlamentswahlen, angemessen reagieren zu können. Mit dem neuen Mandat, das bis zum 28. Februar 2011 gilt, wird Deutschland seine Anstrengungen für den Aufbau und die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte nachhaltig erhöhen und den Schwerpunkt seines militärischen Engagements künftig noch stärker auf den Schutz der afghanischen Bevölkerung und die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte legen. Diese Schwerpunktverschiebung wird zu einem wesentlichen Teil durch Neuausrichtung und Umstrukturierung innerhalb des gegenwärtigen Mandatsrahmens vorgenommen werden. In der letzten Sitzungswoche hat Bundesaußenminister Westerwelle in einer Regierungserklärung noch einmal die Ziele und Schwerpunktsetzung des deutschen Engagements in Afghanistan erläutert. Dabei hat er deutlich gemacht, dass die Intensität der mit Waffengewalt ausgetragenen Auseinandersetzung mit Aufständischen und deren militärischen Organisationen die Bundesregierung zu der Bewertung führt, die Einsatzsituation von



## Berlin Aktuell

Die Woche im Bundestag

26.02.2010

ISAF auch im Norden Afghanistans, also auch im Einsatzgebiet der Bundeswehr, als „bewaffneten Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts“ zu qualifizieren. Demnach trägt die afghanische Regierung mit Unterstützung von ISAF einen bewaffneten Konflikt mit Aufständischen (Taliban) aus. Diese Einstufung als „bewaffneter Konflikt“ ist ein wichtiges politisches Signal und dient zugleich unseren Soldatinnen und Soldaten im Einsatz zur Orientierung. Für die Bundesregierung sind für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan damit die Regeln des humanitären Völkerrechts maßgebend – und nicht das deutsche Strafrecht. Aus der Neubewertung der Lage in Afghanistan ergibt sich keine Veränderung der Einsatzgrundlagen der deutschen Polizisten von Bund und Ländern. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt diese Positionierung der Bundesregierung. Auch für die politische Auseinandersetzung in den kommenden Wochen wird es wichtig sein, die Realitäten in Afghanistan klar zu benennen und unser strategisches Ziel einer „Übergabe in Verantwortung“ und damit einer realistischen Abzugsperspektive deutlich zu machen.

### **Mehr Mittel für CO2-Gebäudesanierung**

Auf Antrag der christlich-liberalen Koalition hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in dieser Woche die Mittel zur Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung im Rahmen des CO2-Gebäudesanierungsprogramms der KfW-Förderbank um 400 Millionen Euro erhöht. Die SPD-Fraktion, die dieses Programm in den vergangenen Jahren in der Großen Koalition noch mitgetragen hat, hat dem Erhöhungsantrag der christlich-liberalen Koalition im Haushaltsausschuss nicht zugestimmt. Mit der beschlossenen Erhöhung steht im Haushaltsjahr 2010 ein Programmvolumen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro zur Förderung von Maßnahmen zur Energieeinsparung und Reduzierung des CO2-Ausstosses bei Wohngebäuden, in Großwohnsiedlungen und bei kommunalen Einrichtungen, wie z.B. Schulen und Kindergärten, zur Verfügung. Die im Entwurf der

Bundesregierung für 2010 für das CO2-Gebäudesanierungsprogramm vorgesehenen Mittel in Höhe von bereits 1,1 Milliarden Euro sind nochmals um mehr als ein Drittel erhöht worden. Damit hat die christlich-liberale Koalition auf Befürchtungen reagiert, dass das erfolgreiche Programm aufgrund fehlender Mittel bereits im Sommer dieses Jahres gestoppt werden müsse. Das CO2-Gebäudesanierungsprogramm ist zentraler Bestandteil des Energie- und Klimaprogramms des Bundes. Dabei sind sowohl die klima- und energiepolitischen als auch die ökonomischen Wirkungen von herausragender Bedeutung.

Herzliche Grüße

Ihr

**Kurz notiert ! kurz notiert ! kurz notiert !**

### **Besuch in der Hauptstadt**



Der Musikverein Moosheim-Tissen reiste in die Hauptstadt. Natürlich stand ein Treffen mit dem Wahlkreisabgeordneten Thomas Bareiß auf dem Programm. Thomas Bareiß und seine Gäste waren zu Besuch in der Landesvertretung Baden-Württemberg und diskutierten etwa eine Stunde

## Berlin Aktuell

### Die Woche im Bundestag

26.02.2010

über aktuelle Themen. Im Anschluss folgte eine Führung durch das Bundeskanzleramt sowie ein Besuch des Deutschen Bundestages und der Dachterrasse inklusive Kuppel.

#### Junge Gruppe tritt Gesundheitsminister Philipp Rösler zum Gespräch



Die Junge Gruppe (Parlamentarier von CDU/CSU, die zu Beginn einer Wahlperiode jünger als 35 Jahre sind) traf sich diese Woche mit Minister Philipp Rösler zum Gespräch über die Gesundheitspolitik. Dabei ging es vorrangig um die Weiterentwicklung des Gesundheitsfonds sowie um die Gewährleistung einer zuverlässigen Arztversorgung im ländlichen Raum. Gerade die Arztversorgung im ländlichen Raum liegt Thomas Bareiß sehr am Herzen und er hat sich in der Diskussion vehement dafür eingesetzt.

#### Termine

**01. – 05. März**

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag

#### Auf Einladung des CDU Kreisverbandes Zollernalb und Thomas Bareiß MdB

spricht

#### **Ernst-Reinhard Beck MdB**

Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/ CSU Bundestagsfraktion

**am Mittwoch, den 10. März 2010**

**um 19:30 Uhr**

**im Gasthaus**

**„Grüne Au“**

in Albstadt-Ebingen  
Hartmannstraße 176



**zum Thema:**

**Eine neue Strategie für Afghanistan –  
Ein Konzept für den Erfolg**

**Zu dieser Veranstaltung laden wir Sie herzlich ein.**

## EINLADUNG



**CDU**

Der CDU Stadtverband Sigmaringen lädt zusammen mit dem Bundestagsabgeordneten Thomas Bareiß Sie und Ihre Verwandten, Bekannten und Freunde sehr herzlich ein zum

### Starkbierfest

Montag, 15. März 2010  
Stadthalle Sigmaringen

19.00 Uhr (Einlass: 18.00 Uhr)



Wolfgang Bosbach  
MdB

mit dem Vorsitzenden des Innen-  
ausschusses des Deutschen Bundestages  
**Wolfgang Bosbach MdB**



Thomas Bareiß  
MdB

Wir würden uns sehr freuen, auch Sie bei unserem Starkbierfest begrüßen zu dürfen. Für musikalische Unterhaltung ist durch die *Blaskapelle PENG* gesorgt. Auch das leibliche Wohl wird nicht zu kurz kommen.